



Pressemitteilung

Ansbach, 27. Januar 2015

„Etz langt's!“ fordert Abgeordnete, Landräte und Bürgermeister zu gemeinsamer Aktion auf:
„Die Stadt Ansbach im Engagement für den Schutz vor Fluglärm nicht alleine lassen“
Giftskandal in Katterbach: „Die US-Armee gefährdet unsere Gesundheit“ - Bund soll aktiv werden

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ begrüßt die Reise der Ansbacher Oberbürgermeisterin Carda Seidel zu Gesprächen mit der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nach Berlin: „Der Bund ist verantwortlich für die bürgerfeindlichen Flugbestimmungen der US-Kampfhubschrauber und den Betrieb der völlig überdimensionierten Militärbasen Katterbach und Illesheim. Obwohl der erste direkte Kontakt mit der Ministerin ohne zählbare Ergebnisse blieb, ist es der richtige Weg, den Druck auf die Bundesregierung jetzt zu erhöhen.“

Um die Interessen der von Fluglärm und Abgasbelastung geplagten Bevölkerung Westmittelfrankens stärker vertreten zu können, bedarf es allerdings Unterstützung der Abgeordneten, Landräten und Bürgermeister der Region. So blieb etwa der Landrat des Landkreises Ansbach, Dr. Jürgen Ludwig, bislang eher untätig.

„Sein Vorgänger Rudolf Schwemmbauer hat mehr Engagement für die betroffenen Bürger gezeigt“, sind sich die BI-Vorstände aus dem Landkreis, Doris Carl-Gramm (Burgoberbach), Gabi Scharfenberger-Saprykin (Weihezell), Hans-Joachim Hofmann (Leutershausen) und Wilhelm Pfänder (Sachsen b.A.) einig: „Wir erwarten, dass das Kreisoberhaupt die Stadt Ansbach in ihren Bemühungen für den Schutz der Menschen in Stadt und Landkreis nicht alleine lässt.“ Dies gelte auch für die Kreistagsfraktionen sowie die Bürgermeister der Region.

Auch im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (NEA) müsse mehr zum gemeinsamen Einsatz für die spürbare Entlastung der Bevölkerung beigetragen werden. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Bad Windsheim den Ansbacher Stadtratsbeschluss für ein Nachtflug- und Überflugverbot von Wohngebieten nicht übernimmt“, erklärte die Windsheimer Stadträtin und BI-Vorständin Petra Negendank und ihre Kollegin Tanja Schwarz (Ickelheim).

Giftskandal in Katterbach

Gemeinsamen Druck gelte es auch mit Blick auf den sich ausweitenden Giftskandal der US-Basis Katterbach auszuüben. Nach dem Bekanntwerden der Kontaminierung von Quellen und Lebensmittel durch krebserregendes PFC habe die Bevölkerung zunehmend den Eindruck, dass „massiv verharmlost“ werde. „Fest steht: Der Betrieb der Militärbasen gefährdet unsere Gesundheit. Der Bund als Eigentümer könnte auch in den Liegenschaften aktiv werden, um abzuklären, ob nicht auch das Flugbenzin JP-8 für die großflächigen Giftvorkommen verantwortlich ist. Wir fordern lückenlose Aufklärung. Die Taktik des Tarnens, Tricksens und Täuschens muss beendet werden.“

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher